

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Herier, Industriehalle
Klosterstr. Zürich
Vollsendungen
franco nach Frankr.
Gewöhnliche Preise
nach der Schweiz kosten
Zwischensendungen

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
nommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Konting.)
Fr. 3.— für Deutschland (Konting.)
Fr. 1.70 für Österreich (Konting.)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltverkehrs (Konting.)
Inserate
Die dreizehnpennige Zeitschrift
25 Ggr. — 20 Pf.

N. 34.

Sonntag, 22. August.

1880.

AVIS an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich verboten ist, begn. versagt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Verbot von dort an uns und unsere Zeitung- und sonstigen Sendungen nach dort abzulassen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr anzuwenden und darf keine Verlässlichkeit verleiht werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu fälschen. Hauptforderung ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unerschöpfliche Kasse außerhalb Deutschlands und Österreichs wenden, welche sich denn mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch ein möglichst unerschöpfliches Postkontingent möglichst bereit zu haben ist, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen.

Von einem Sozialdemokraten.

I.

Zunächst einige Bemerkungen über den Namen unserer Partei. Sie nennt sich die sozialdemokratische oder sozialistische Arbeiterpartei; unser Banner ist das der Sozialdemokratie, des Sozialismus. Sozialdemokratie und Sozialdemokratie bedeutet mehr als demokratisch, Demokratie. Demokratie heißt: erstens Regierung durch das Volk, zweitens die Gemeinschaft derer, welche die Regierung durch das Volk erstreben; demokratische Forderungen sind Forderungen, welche auf die Regierung durch das Volk hinielen.

Häufig wird das (aus dem Griechischen stammende) Wort Demokratie „Volksherrschaft“ übersetzt. Das ist aber nicht ganz korrekt, jedenfalls nicht der vernünftigen Auffassung des Begriffs Demokratie entsprechend. Das „Volk“ ist die Gesamtheit der Staatsangehörigen, und die Gesamtheit kann nicht herrschen, weil außer ihr Niemand existiert, der beherrscht wird. Ein Herrscher setzt mit Nothwendigkeit einen Beherrschten voraus — wo Keiner beherrscht wird, weil Alle an der Regierung theilnehmen, gibt es selbstverständlich keine Herrschaft.

Daß alle Staatsangehörigen — die unmündigen natürlich nicht eingeschlossen — gleichberechtigt an der Regierung des Staates theilnehmen sollen, ist eine durchaus vernünftige Forderung, und ferner läßt sich nicht leugnen, daß die Durchführung eines solchen Staatsystems auch die Abschaffung des gesellschaftlichen Elends bedingen würde. Warum also nicht den Namen „Demokratie“ beibehalten, der eine Geschichte hat? Gerade weil er eine Geschichte hat. Seit dem Emporkommen der modernen bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassengegensätzen und ihrem Klassenkampf ist die Fahne der Demokratie vielfach dazu benutzt worden, die Kunst, welche zwischen den verschiedenen Klassen der Gesellschaft gähnt, dem Auge des Volkes zu verhüllen. Ja wir haben es erlebt, daß die Feinde des arbeitenden Volkes unter der Fahne der Demokratie gegen das arbeitende Volk gekämpft haben. Selbst in dem Munde derjenigen Demokraten, welche ehrlich die Regierung durch das Volk wollen, hat das Wort Demokratie einen wesentlich auf das politische, das staatliche Gebiet beschränkten Sinn. Es ist dies eine unlogische Auffassung, allein sie besteht nun einmal, und der Name Demokratie konnte einer Partei nicht genügen, welche zwar die Regierung durch das Volk anstrebt, aber auch begriffen hat, daß die Regierung nicht Zweck ist, sondern Mittel; daß der Zweck des Staates es ist, allen seinen Angehörigen die höchstmögliche Summe von Wohlergehen zu sichern und daß dieser Zweck nur verwirklicht werden kann durch eine gerechte Regelung der für die Gesellschaft nothwendigen Arbeit.

Im Worte Sozialdemokratie, sozialdemokratisch drückt diese Anschauung sich aus. Sozial heißt gesellschaftlich, die Gesellschaft betreffend; Sozialdemokratie: die Regierung durch das Volk auf gesellschaftlichem Gebiete so gut wie auf staatlichem, die gerechte, vernünftige, menschenwürdige Ordnung von Staat und Gesellschaft. Sozialismus ist die Gesellschaftswissenschaft, die Wissenschaft von der jetzigen unvernünftig eingerichteten Gesellschaft; sozialistisch auf diese Gesellschaftswissenschaft bezüglich, in ihrem Namen wirkend; Sozialist, wer die Gesellschaft im Sinne des Sozialismus umzugestalten sucht, so daß sozialistisch und Sozialist im wesentlichen dasselbe bedeutet, wie sozialdemokratisch und Sozialdemokrat.

Arbeiterpartei nennen wir uns, weil das arbeitende Volk das nächste Interesse und, kraft seiner Zahl, allein die Macht hat, eine derartige Ordnung herzustellen. Und, wohl gemerkt, unter arbeitendem Volk verstehen wir nicht bloß die Industriearbeiter, sondern jeden, der nicht von der Arbeit anderer lebt, also außer den städtischen und ländlichen Lohnarbeitern, auch die Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden (und Kleinräumer), die unter der Last des Kapitals ebenso senken wie die eigentlichen Lohnarbeiter. Ja, in vielen Fällen noch mehr. Es gibt hunderteausende von Kleinrentnern, die am Samstag stundenlang herumlaufen müssen, um den Wochenlohn für ihre „Arbeiter“ zusammenzubringen, und die froh wären, wenn ihr „Verdienst“ dem eines Fabrikarbeiters gleich käme.

Doch nun zu dem, was wir wollen.

Vom 22. bis zum 27. Mai 1875 tagten in Gotha Abgeordnete (127 an der Zahl) sämtlicher Sozialdemokraten Deutschlands, und nahmen nach reiflicher Berathung einstimmig folgendes Programm an:

1. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da allgemein nützlichende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, Jedem nach seiner vernunftgemäßen Bedürfnisse.
2. In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.
3. Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages.
4. Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Klasse sind.
5. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerschlagung des ebernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt; die Befreiung aller sozialen und politischen Ungleichheit.
6. Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Veredelung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktionsgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktionsgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchen Umfängen zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht, mit heimlicher und obligatorischer Stimmabgabe, aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungsakt muß ein Sonntag oder Feiertag sein.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
3. Allgemeine Wehrpflicht. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Pres-, Vereins- und Versammlungsgesetze; überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.
5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.
2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.
3. Unbeschränktes Koalitionsrecht.
4. Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.
5. Verbot der Kinderarbeit, und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.
6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabriken, Werkstätten und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.
7. Regelung der Weisungsbefugnisse.
8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen.

Wer, der es ehrlich meint mit dem Wohl seiner Mitmenschen, kann diesem Programm die Zustimmung versagen? Wer, der nicht Freude hat an eigener, nicht ein Interesse an seines Mitmenschen Knechtschaft und Ausbeutung, kann leugnen, daß die Erfüllung dieses Programms ein Segen wäre für das Volk?

Betrachten wir Staat und Gesellschaft, wie sie sind. Alle Macht- und Genußmittel befinden sich in den Händen einer kleinen Minorität; und diese Minderheit benutz selbstverständlich ihre Macht dazu, sich das Monopol aller Vortheile, welche der Besitz der Herrschaft in Staat und Gesellschaft verleiht, zu erhalten und zu befestigen, und die beherrschte Majorität an der Erlangung politischer und sozialer Rechte zu behindern. Die politische Macht, wer übt sie aus? Eine winzige Minderheit von Privilegierten der Geburt und des Reichthums. Die ungeheure Mehrheit des Volkes ist absolut machtlos, und weil machtlos, auch rechtlos; denn ein Recht, an dem nicht die Macht der Verwirklichung hängt, ist nur ein Scheinrecht, nur eine Spielerei, ein verwirrendes Trugbild. Welche Bedeutung hat z. B. das Recht, einen Abgeordneten zu wählen, der bloß reden darf, aber auf die Regierung des Landes nicht den leisesten Einfluß ausüben kann? Die herrschende Minderheit herrscht für sich, nicht für die beherrschte Mehrheit. Zwischen Herrschern und Beherrschten besteht ebenso wenig

eine Interessengemeinschaft, wie zwischen Plantagenbesitzern und Negerknechten. Für den Plantagenbesitzer kommt das Interesse der Neger nicht in Frage; maßgebend ist ihm einzig sein eigenes Interesse, und er behandelt die Neger, wie sein Interesse es ihm vorschreibt. Genau so im heutigen Staat. Nicht das Interesse des Volkes kommt in Frage, sondern ausschließlich das Interesse der herrschenden Minderheit. Dem Interesse der Herrschenden das Interesse der Beherrschten dienstbar machen, heißt herrschen. So lange es Herrschende und Beherrschte gibt, wird es so sein; denn Herrschen ist seiner Natur nach Ausbeuten. Daraus folgt, daß das Interesse des beherrschten Volkes die Umgestaltung des Staats von Grund aus und seinem Wesen nach erheischt. Der Staat muß aufhören, die Domäne einzelner Personen, Stände und Klassen zu sein; er muß werden die Vereinigung voll- und gleichberechtigter Bürger, von denen Keiner über den Andern herrscht, keiner von dem Andern beherrscht wird. Das erstrebt die Sozialdemokratie.

Wir wollen an Stelle des heutigen Klassenstaats den freien Volksstaat.

Die Jahresberichte der preussischen Fabrik-Inspektoren.

Im Jahre 1780, neun Jahre vor dem Ausbruch der großen französischen Revolution, als die Regierung Frankreichs nichts nach neuen Hilfsmitteln gegen das Ueberwuchern der Opposition suchte, machte der Generaladvokat den sinnreichen Vorschlag, die Regierung solle alle Buchhändler und Buchdrucker abschaffen, und nur den Vertrieb solcher Bücher und Zeitungen erlauben, die aus der Staatsdruckerei hervorgingen. Bleibt Bismarck lange genug Reichskanzler, dann wird er vielleicht auch noch auf dieses monströse Auskunfts- mittel verfallen und zum Tabakmonopol das Büchermonopol gesellen. Es wird ihm aber nicht viel helfen, denn die Wahrheit bohrt sich selbst in offiziellen Büchern durch. Sehen wir z. B. die Jahresberichte der preussischen Fabrikinspektoren (Gewerberäthe) an, welche von Staatsbeamten verfaßt sind, denen nichts fernere liegt, als Aufreizung zum Klassenhass. Sie drücken sich so vorsichtig und beschönigend als möglich aus, trotzdem aber wirken ihre Berichte „aufreizend“, weil die Wahrheit, wenn auch verhüllt, empörend gegen unsere Zustände spricht.

Sehen wir die Berichte etwas genauer durch. Wir vernahmen aus denselben, daß die Zahl der in den Fabriken beschäftigten jugendlichen Arbeiter und Kinder im Abnehmen begriffen ist. Dieselbe betrug z. B. in Berlin 1874 1936, 1875 1733, 1876 1530, 1877 1399, 1878 1269. Diese Abnahme ist eine viel bedeutendere, als die der erwachsenen Arbeiter. Denn von der Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter in Berlin betragen die jugendlichen Arbeiter und Kinder 1877 3 Proz., dagegen 1875 nur mehr noch 2,5 Proz. 1878 gar nur 2,2 Proz. Woher rührt dies aber? Sind die Herren Fabrikanten plötzlich so human geworden, daß sie es für eine Sünde halten, Kinder auszubeuten? Nein, durchaus nicht. Man entläßt die Kinder bloß deswegen, weil die Arbeitslöhne so tief stehen, daß es nicht mehr rentabel erscheint, Kinder anzuwenden, wenn man zu demselben Preise Männer haben kann!

Unter anderen sagt die z. B. der Fabrikinspektor der Provinz Hessen-Nassau im Bericht vom Jahre 1877: „Diese Verringerung ist nur zum geringsten Theile der eingeführten strengeren Kontrolle zuzuschreiben; der Hauptgrund dafür liegt in dem Umstand, daß für den Lohn, der früher den jugendlichen Arbeitern gewährt wurde, jetzt auch Erwachsene arbeiten.“ (198). Ist das nicht entsetzlich? Familienväter schämen sich glücklich, wenn sie den Lohn erhalten, den man früher Kindern gezahlt hat! Ist diese Thatsache allein nicht aufreizend genug? Sagt sie nicht deutlich genug, wie unnatürlich und unsinnig unsere Gesellschaftsordnung ist und daß der Arbeiter nur auf ihren Trümmern ein besseres Loos erwarten kann?

Aber diese Thatsache ist noch bei weitem nicht die schlimmste, die aus den offiziellen Berichten der Fabrikinspektoren entnommen werden kann.

Wie hat man seinerzeit das Haftpflichtgesetz gepriesen und den Arbeitern vorgeschworen, welche segensreiche Errungenschaft das sei. Allerdings sehr segensreich, aber nicht für die Arbeiter, sondern für die Versicherungsgesellschaften und Fabrikanten. Sämtliche Inspektoren sind einig in ihrer Klage darüber, daß das Haftpflichtgesetz fast nie in Wirksamkeit tritt! Am schlimmsten aber ergeht's den Arbeitern, welche ihr „Arbeitgeber“ versichert hat. Entweder sind die Arbeiter bloß gegen die Folgen selbstverschuldeter Unfälle versichert, dann zahlen die Versicherungsgesellschaften nicht

früher, als bis der Arbeiter sie durch einen Prozeß dazu zwingt; denn sie wissen sehr wohl, daß der Arbeiter und besonders der kranke Arbeiter nicht die Mittel hat, die Kosten eines solchen Prozesses zu bestreiten, daß er dem Kapital gegenüber rechtlos ist. Es sträuben sich einem die Haare, wenn man liest, wie der Fabrikinspektor des Regierungsbezirks Düsseldorf berichtet, daß bei einer gewissen Unfallversicherungsgesellschaft, die er leider aus zu großem Zartgefühl (?) nicht nennt, 1878 auf je 1000 versicherte Arbeiter blos 10,2 Unfälle gemeldet wurden, bei denen man auf Grund des Haftpflichtgesetzes Erstattungsansprüche geltend machte. Von diesen wurden von der Versicherungsgesellschaft blos 5 Proz. als haftpflichtig anerkannt, 5 Proz. dagegen auf den Rechtsweg verwiesen. In der Provinz Hessen-Nassau, Regierungsbezirk Wiesbaden wurden 1877 von 264 Unfällen 20 als haftpflichtig entschädigt, 10 waren als haftpflichtig anerkannt, aber die Zahlung noch suspendiert und 2 schwebten bei der Abfassung des Berichtes im Prozeß. In den 232 anderen Fällen trat dagegen das Haftpflichtgesetz nicht in Kraft!

Manche Fabrikanten haben nun einen anderen Weg der Versicherung eingeschlagen. Sie versichern jeden Unfall, ob verschuldet oder unverschuldet. Stößt aber einem der Arbeiter ein Unglücksfall zu, so ziehen sie wohl die versicherte Summe von der Versicherungsgesellschaft ein, zahlen sie jedoch nicht an den Beschädigten aus, sondern behalten sie in ihrem Besitze, wenn nicht der Arbeiter den Beweis der Verschuldung des Arbeitgebers an dem Unfälle erbringt und ihn dadurch zur Herausgabe der Summe nötigt, — ein Umstand, der, wie schon oben erwähnt, fast nie eintritt. Das Haftpflichtgesetz gewährt also den Fabrikanten neben der Möglichkeit der normalen Ausbeutung auch noch die der Unfälle der Arbeiter. Wird ein Arbeiter bei der Arbeit erschlagen, so bedeutet das für den Fabrikanten den Profit einiger Tausend Mark, indes Wittwe und Waisen des Erschlagenen betteln gehen können, wenn sie es nicht vorziehen, zu verhungern! Diese Scheuschuld ist nicht dem Gehirne eines „Petroleurs“ entsprungen, — nein, ein preussischer Beamter ist es, der im Berichte von 1876, auf Seite 79, über die „Vericherung gewissentlicher Arbeitgeber auf Kosten unbrauchbar gewordener Arbeiter, Wittwen und Waisen“ klagt.

Aber mit solchen Scheuschulden ist der Moloch des Kapitals noch lange nicht zufrieden; er treibt den feinsten Bourgeois mit verkleistertem Hirn und versteinertem Herzen zu noch größeren Schändlichkeiten an. Alles ist erlaubt, was den Geldbeutel füllt, so lange es nur bloßen Arbeitern schadet und nicht etwa auch „Höherstehenden“. Der Arbeiter darf vom Kapitalisten gequält, mißhandelt, verstümmelt werden, ohne daß die Gerichte, die doch dem Arbeiter gegenüber keine Sentimentalität kennen, für die Uebelthäter eine empfindliche Strafe in Bereitschaft halten. Von den vielen Beispielen dafür seien nur zwei erwähnt, da der beschränkte Raum des Parteiorgans es nicht erlaubt, näher auf die Sache einzugehen.

Die Verwaltung einer Glashütte war wegen Uebertretung der §§ 128 und 129 gerichtlich zu einer Geldstrafe von 30 Mark verurtheilt worden. Da der Befehl, sich in Folge dessen über zu strenge Aufsicht (!) von Seite des Fabrikinspektors beklagte, gibt dieser in seinem Berichte einen Theil der Gründe der Verurtheilung wieder. Es heißt da: „Es ist durch eidliche Zeugenaussagen erwiesen, daß im Laufe des Sommers 1876 mindestens 21 jugendliche Arbeiter, von denen zwei 8 Jahre alt (!), drei 10 Jahre alt, einer 11 Jahre, vier 12 Jahre, drei 13 Jahre, fünf 14 Jahre, zwei 15 Jahre und einer 16 Jahre alt waren, regelmäßig in 10—12stündigen Arbeitsschichten, von denen wöchentlich mindestens zwei Schichten fast ausschließlich in die Nacht gefallen, beschäftigt worden sind. Nach Beendigung der Schicht mußten die Kinder noch die Kühlösen entleeren und die Klöschsen aufsehen, was eine weitere Stunde in Anspruch nahm, und wobei die Kinder oft jämmerlich schreien, weil sie die Hitze des Kühlöfens, in welchen sie steigen mußten, nicht aushalten konnten. Nach Angabe des Kreisphysikus betrug die Temperatur dieser Öfen bis 40°. Ein Zeuge sagt aus, daß der Hüttenverwalter einem solchen schreienden Kinde deshalb mit Schlägen gedroht habe.“ — Wahrhaftig, man müßte bitter lachen, wäre es nicht zu traurig, daß die gesammte Presse diese Bestialität mit keinem Wort gewürdigt hat und stillschweigend über sie hinwegging, als sei sie etwas Selbstverständliches. Natürlich, gegen die Vivisektion der Thiere zu agitiren, halten alle die empfindsamen „Menschen“-freunde für viel wichtiger, als zu Gunsten solcher bei lebendigem Leibe halb gebratenen Kindern aufzutreten!

Und ebensowenig als dieser Fall hat der folgende auch nur die mindeste Entrüstung unter unsern Geldsack-Philanthropen erregt. „In einem Falle“, berichtet ein Fabrikinspektor im Berichte vom Jahre 1876 p. 245, „war ein beinahe sechzehnjähriger Knabe nicht nur regelmäßig dem Tag- und Nachtwechsel der Schichten eingereiht, sondern auch, in geraderzu ungeheuerlicher Ausnutzung seiner Arbeitskraft 22½ (!) Stunden lang ohne andere als die unstillen (gebräunlichen) Unterbrechungen, in einem Walzwerk beschäftigt worden.“ Auf Veranlassung der königl. Regierung ist das höchste gesetzlich zulässige Strafmaß beantragt worden. Angesichts des Umstandes, daß der betreffende jugendliche Arbeiter nach 22½ stündiger Arbeit von einem Unfälle, der die Amputation eines Beines zur Folge hatte, betroffen wurde — die übermäßige Arbeitsdauer aber möglicherweise (so drückt sich der vorsichtige Fabrikinspektor aus; man kann aber entschieden sagen: ganz sicher) durch Erschlaffung der physischen und geistigen Kräfte zur Herbeiführung des Unfalls beigetragen hat, erscheint mir jenes Maximum der Strafe — dreißig (!) Mark als sehr gering.

Unglaublich aber wahr! Im 19. Jahrhundert darf ein frecher Bourgeois es wagen, ein Kind zu verstümmeln, es für sein Verbrechen zu einem elenden Krüppel zu machen, ohne dafür gestraft zu werden! Denn 30 Mark Buße für einen Geldproppen sind keine Strafe, sondern nichts als ein Hohn für die Arbeiter! Möge doch ein Arbeiter es wagen, einem Hunde oder einem Pseude dieses Odien, der leider nicht

genannt ist, ein Bein zu brechen und er wird sehen, mit wie viel Monaten Gefängnis er bestraft wird! Ist es da nicht jedem klar, daß die Geseze alle blos gegen den Arbeiter, kein einziges für ihn da sind? Bei den barbarischen Franken herrschte die Institution des Vergeldes, wonach jeder sich von seinem Verbrechen durch eine Summe Geldes loskaufen konnte. Wer einem freigebornen Franken den Daumen abhieb hatte 45 Solidi zu zahlen, wer aber einen Leibeigenen tödtete, blos 35; der Daumen eines Freien war also mehr werth, als das ganze Leben eines Leibeigenen. Auf demselben Standpunkte sind wir wieder angelangt.

Deutsche Arbeiter! Ihr seid nichts als Sklaven, welche man wie die Hunde todtzuschlagen darf, wenn man nur Geld hat. Aber schon bereitet sich der Tag der Erlösung vor. Wehe dann denen, welche Euch mißhandelt und getreten haben, welche in Eurem Mark sich sättigen, in Eurem Blute sich berauschen. Auge um Auge, Zahn um Zahn wird das Volk von Euch fordern! Verfolgt uns, wie Ihr wollt und könnt, ihr Ausbeuterhunde — Ihr werdet dadurch der Vergeltung nicht entgehen, sondern nur bewirken, daß sie um so schrecklicher sein wird! Symmachos.

Ueber die nächsten Aufgaben der sozialistischen Partei Oesterreich's.

(Schluß.)

Wohl herrscht ein scheinbar undurchdringliches Dunkel über Millionen von Menschen in Oesterreich; ein genußsüchtiger, in allen Lasten schwelgender Hof, eine unersättliche Bande von Raubthieren in Menschengestalt, eine zahllose Pfaffenchaft und eine Menge Gesindel in allen Variationen finden dort noch ein Paradies voll Dummheit und knechtischer Ergebenheit. Die niederträchtige Gewalt und ein mit allem Raffinement ausgebildetes Verdummungssystem haben die österreichischen Völker zu der willen- und gedankenlosen Herde gemacht, die sie heute noch großentheils sind. Genußsucht und politischer Indifferentismus sind Erbthäten aus dem Schatze der Habsburger. Die Verhetzung der Nationalitäten hat das Ihrige gethan, um jenes Oesterreichertum großzuziehen, welches als der Typus der modernen Abberiten gelten kann.

Diese politische Genügsamkeit, diese traditionelle Vornurtheit müssen wir um jeden Preis brechen — wir müssen den Samen der Unzufriedenheit in die Massen säen, wo und wie wir können. Die Entwicklung der materiellen Verhältnisse wird unsere beste Bundesgenossin sein, wenn wir sie nur zu benützen verstehen. Sobald dem österreichischen Abberiten das gewohnheitsmäßige Quantum Genußmittel fehlt, wird er für vernünftige Tureden empfänglich, und es bedarf dann oft nur weniger Worte, um ihn zur Erkenntniß zu bringen.

Man werde sich aber darüber klar: es gibt auch in Oesterreich keine gesetzliche Agitation mehr — der Sozialismus ist in Oesterreich so gut verpönt als in Deutschland, blos die Formen der Unterdrückung sind verschieden. Will man sich also nicht auf „gesetzlichem“ Wege einsperren lassen, so muß man zur geheimen Agitation greifen, die systematisch ausgebildet und einheitlich organisiert werde. Alle legale Agitation, die ersichtlich ohne Erfolg ist, lasse man bei Seite; man bemühe die gesetzlich gewährleisteten Mittel, soweit sie zur Verfügung stehen, zu praktischen Zwecken, nicht aber um mit ihnen zu spielen; im Uebrigen verlege man sich auf die geheime Propaganda als das einzige Mittel, unsere Ideen unverhüllt und in volkstümlicher Weise unter der Masse zu verbreiten.

Wir übergehen alle Details, weil es nicht unsere Aufgabe sein kann, die Gegner aufmerksam zu machen, sondern nur den österreichischen Parteigenossen unsere Ideen darzulegen über deren Durchführung sie sich schlüssig zu machen haben. Daß die Hauptmittel zur geheimen Propaganda die Flugschriften und die sozialistische Presse bilden werden, ist selbstverständlich, und es wird die Aufgabe der österreichischen Sozialisten sein, solche Flugschriften speziell für die österreichische Bevölkerung zu schaffen. Zweck der geheimen Propaganda muß vor allem sein, die Unzufriedenen über die Ursachen der sozialen und politischen Zustände im Allgemeinen und in Oesterreich insbesondere in rückwärtsloser Weise aufzuklären — das Oesterreichertum in seiner wahren Bedeutung zu charakterisiren und die Unmöglichkeit einer Besserung auf gesetzlichem Wege nachzuweisen.

Die Opfer, welche die Partei bringt, müssen in Zukunft zweckmäßiger angewendet werden; ein Rückblick auf die letzten Jahre beweist zur Genüge die Nothwendigkeit dieser Bemerkung. Große Summen Geldes hat die österreichische Partei geopfert, um Blätter zu erhalten, die in letzter Zeit beinahe nichts zur Verbreitung der sozialistischen Grundzüge beitragen konnten. Der größte Theil der gesammelten Gelder fiel Leuten in die Hände, die gar kein Interesse für die Partei hatten, ohne daß ein nennenswerther Erfolg für die Partei errungen worden wäre. Was diese übrig ließen, nahm die Staatsanwaltschaft, und das Resultat jahrelanger Anstrengungen war, daß die Sozialisten Oesterreichs gegenwärtig gar kein Zentralorgan besitzen.

Wir kennen die Stimmung unter den österreichischen Sozialisten genügend, um behaupten zu können, daß die Mehrheit derselben kein Verlangen mehr nach einem Zentralorgan innerhalb Oesterreichs hat; man weiß, daß ein Blatt, wie es heute in Oesterreich erscheinen kann, ein schlechtes und sehr kostspieliges Propagandamittel ist. Wir folgern daraus keineswegs, daß die sozialistische Partei in Oesterreich kein Blatt mehr soll erscheinen lassen, wir halten im Gegentheil dafür, daß in Oesterreich Blätter fortbestehen sollen und wir wünschen ihr Gedeihen, aber wir halten ein im Ausland erscheinendes Zentralblatt bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen für unbedingt notwendig, da nur ein solches im Stande ist, die revolutionäre Fahne zu entfalten und unterhöhlen unsere Prinzipien zu verhindern. Wenn wir nicht erlahmen wollen in dem harten Kampfe, den uns die Reaktion aufgezwungen hat, so bedürfen wir der Begeisterung und der Ermunterung, die uns nur durch solche Blätter zu Theil werden kann, die außer dem Herrscherbreich des österreichischen Polizeibereichs erscheinen.

Parallel mit der geheimen Propaganda durch die Blätter muß eine geheime Organisation konstituirte werden, die die Agitationsmittel aufzubringen und die Propaganda zu organisiren

hat. Die öffentlichen Vereine, die noch bestehen dürfen, können die Konstitutionspunkte für diese Organisation bilden und auch als Werbubureau für die Partei dienen.

Diese geheime Agitation hat von der staatlichen Existenz Oesterreichs ganz Abstand zu nehmen. Oesterreich ist ein Staat, der heute nicht mehr Existenzberechtigung besitzt, als die Türkei; es verhindert seine Völker an ihrer Kulturentwicklung, indem der nationale Haber, die daraus entspringenden staatsrechtlichen Fragen, der Zustand des ewigen Schwankens ihre Kräfte absorbiren und ihr politisches Leben zu einem Streite um bloße Formen degradiren. Indem Oesterreich nur dadurch existirt, daß es eine Nationalität durch die andere unterdrückt, und heute diese, morgen jene Nationalität protegirt, verewigt es den Nationalitätenstreit und läßt es nie zu freiesittlichen Bestrebungen unter den Völkern kommen.

Da die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Provinzen große Verschiedenheiten aufweist und das Mittel zu den nationalen Streitigkeiten abgibt, so ist eine zentralistische Organisation der Partei in Oesterreich ebenso unnatürlich, als die staatliche Zentralisation. Es würde heißen, den nationalen Konflikt in die Partei übertragen, wollte man alle Sozialisten Oesterreichs zu einer zentralisirten Partei organisiren. Sowie bisher die Entwicklung der Parteiverhältnisse Oesterreichs sich nach nationalen Gruppen sonderte, so wird dies auch in Zukunft geschehen müssen, nur mit dem Unterschiede, daß diese Gruppen nicht mehr dem Zufall überlassen, sondern planmäßig organisiert wird.

Es ist selbstverständlich, daß diese Gruppen durch das Band der Brüderlichkeit, der internationalen Gesinnung verbunden und daß sie mit einander in Verkehr treten werden, insoweit sie gemeinsame Ziele verfolgen. Es war dies bisher schon zwischen den Tschechen und Deutschen der Fall und wird sich ohne große Schwierigkeiten auch auf die anderen Nationalitäten ausdehnen lassen.

Daß sich jede nationale Gruppe zunächst an die Parteigenossen derselben Nationalitäten im Auslande anschließt, ist eine Erfahrungssache, die durch das Beispiel der Deutschen, Polen, Italiener und Serben belegt wird. Die Deutschen Oesterreichs waren unter ihnen bisher diejenigen, die diese Zusammengehörigkeit am platonischsten auffaßten; ihre Aufgabe wird es sein, eine engere Verbindung mit den Parteigenossen Deutschlands herzustellen, als bisher bestanden hat. Dadurch, daß sich die politischen Verhältnisse Deutschlands und Oesterreichs ziemlich ähnlich gestaltet haben, ist ein Handinhandgehen viel leichter geworden und die Interessengemeinschaft der Arbeiter beider Länder, die in der gemeinsamen Verfolgung ihre Anerkennung auch bei den Gegnern gefunden hat, wird das Band bald zu einem unauflösblichen machen.

Allerdings wird bei Annahme dieser Vorschläge die bisherige sogenannte „österreichische“ Arbeiterpartei aufhören zu existiren; sie wird als deutsche sozialistische Partei Oesterreichs allein das Recht haben, fortzuzistiren. Allein eine sozialdemokratische Partei Oesterreichs hat noch nie existirt, sie war von Anfang an eine Annäherung und es entspricht nur der Wahrheit, wenn sie sich fortan als deutsche sozialistische Partei Oesterreichs konstituirte. Möge sie sich darauf beschränken, nur unter den Deutschen Oesterreichs zu agitiren, möge sie dies aber um so eifriger und erfolgreicher thun. Sie möge es den Parteigenossen der andern Nationalitäten überlassen, sich nach ihren Bedürfnissen zu organisiren und sich selbstständig zu entwickeln. Denn die Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationalitäten ist die Voraussetzung der internationalen Verbrüderung.

Darin erblicken wir die wahre Lösung der Nationalitätenfrage innerhalb der österreichischen Parteibewegung und den notwendigen Schritt zu einer den natürlichen Verhältnissen entsprechenden Neuorganisation, die den Anstoß zu einer mächtigen Agitation und zur umfangreicheren Revolutionirung der österreichischen Bevölkerung zu geben vermag. Auch die österreichische Partei, die so lange konservativ war, was ihre Organisation und Taktik betrifft, folge dem Geseze der Entwicklung; sie begnüge sich mit dem vorläufig Möglichen und bereite das Zukünftige vor. Niemals aber opfere sie um augenblicklicher Vorteile willen ihr Wesen; sie sei volkstümlich und revolutionär, ohne phantastisch und vorurtheilsvoll zu sein; vor allem aber strebe sie eine feste Organisation an, um ohne Schwanken ihr Ziel zu erreichen — den Anschluß der Arbeiter Oesterreichs an das sozialistische Deutschland.

* Es ist ein Naturgesez, daß man, auf einer schiefen Fläche zum Fallen gekommen, mit in geometrischer Progression wachsender Geschwindigkeit unaufhaltsam der Tiefe zuwellen muß. Dieses Gesez bewährt sich auch an denen, welche den festen Boden der Treue und Ehrenhaftigkeit gegen die Partei verlassen und sich auf den anfangs sanfter aber immer steiler werdenden Abhang der Sonderstellung und Sonderbestrebungen begeben; es bewährt sich u. a. auch an Herrn M. o. Die Genossen kennen den Anfang und die Fortsetzung der schiefen Fläche, auf welcher der Genannte immer schneller der Tiefe zuwellt, aus der kein Ausweg mehr ist. Wie weit er auf diesem Wege schon fortgeschritten, wie tief er bereits gekunkelt, zeige folgendes:

Der „Sozialdem.“ hat sich wiederholt mit einem gewissen Schauffert beschäftigt, einen Menschen, über den wegen verschiedener dringender Verdachtsgründe (siehe Nr. 32) von dem Züricher internationalen Arbeiterverein ein Untersuchungsausschuß niedergesezt worden ist, dessen Spruch wir in Kürze entgegensehen. Dieser Mensch, der sich in höchst aufdringlicher Weise in die Züricher Sozialistenkreise einzubringen suchte und als bestes Mittel zur Erreichung seiner Absicht ein weidliches Geschimpfe auf M. o. anfang, ging, seitdem er damit keine anderen Erfolge erzielte, als daß ihn die Genossen schärfer ins Auge nahmen und in ihm einen Exzeptionär zu erkennen glaubten, der früher mit der Münchener Polizei in Beziehungen stand, zu den „Sozialrevolutionären“ über und hat in Zürich einen „sozialrevolutionären Klub“ gegründet, der aus ihm und dem Wirth des Lokals besteht, und in welchem fürchterliche Vernichtungsbreden gegen uns „gesetzliche Wegelagerer“ gehalten werden werden. Daß man in London auf eine solche Kapazität große Dinge baut, ist selbstverständlich und so erfreut sich Herr Schauffert des freundschaftlichsten Verkehrs mit dem Generalissimus der universellen Revolution auf dem Redaktionsstisch der „Freiheit“. Nun, dieser hervorragende

„Sozialrevolutionär“ hat seinen „Thaten“ durch zu be-
friedigen gesucht, daß er der Redaktion des „Sozialdem.“ mit
Denunziation bei den Gerichten drohte, wenn sie ihm nicht
zu Willen sei und ihm eine — Ehrenklärung gebe. Er er-
klärt, sich bewußt zu sein, daß durch die Nennung von, der
Deffentlichkeit im Parteinteresse unbekanntem Mitarbeitern des
„Sozialdem.“ diese selbst und das Blatt geschädigt werden
könnten; aber rücksichtslos, wie ein „Sozialrevolutionär“ sein
muß, kümmern ihn derartige Vorkälle nichts. „Ich weiß, was
für Sie davon abhängt“ — schreibt der Viehderrn — „kann
mich aber auch durch die mir von einem hiesigen
Advokaten klargestellten Folgen für die Redaktion
und für das Blatt überhaupt von der Klage nicht ab-
halten lassen.“ Und er hat seine Drohung in der That
bereits ausgeführt und vor dem Friedensrichter
alle einschlägigen Parteiverhältnisse kurz und
klein erörtert. Auch den Mitgliedern des Untersuchungsaus-
schusses und andern Genossen drohte er mit Denunziation bei
Gericht.

Und was sagt Herr Most zu dieser („Sozialrevolutionären“?)
Wirksamkeit seines Züricher Freundes und Vertrauensmannes?
Er billigt dieselbe vollkommen, findet es vollkommen
„begreiflich“, daß sich Sch. nicht vor den partei-
genössischen Untersuchungsausschuß stellt und
hält die Klage bei Gericht für den „nach Lage der
Sache einzig und allein übrig bleibenden Schritt“.
Der Züricher Friedensrichter, der „augenscheinlich bei der Sache
ganz unbeeinträchtigt“, werde am ehesten im Stande sein, „einen
unparteiischen Spruch zu fällen“. So wörtlich zu lesen in
Nr. 32 der „Freiheit“. Herr Most ist also schon so weit ge-
kommen, der offenkundigen Denunziation und dem vors. Gericht
Zerren der Parteiangelegenheiten seine Sanktion zu erteilen,
wenn's nur gegen die gebahnte Partei und die ihr angehörigen
Personen geht und ihnen schadet. Ja, wenn es dies Ziel
gilt, dann scheut sich der, uns wegen unserer an-
geklagten „Gefährlichkeit“ angreifende Reklameur
der „Freiheit“ keinen Augenblick, selbst den Ge-
seßesbruch und zwar da, wo er am schmutzigsten ist,
zu betreten; und all' sein unablässiges Mähen
gegen die heutigen gesellschaftlichen und staats-
lichen Einrichtungen und ihrer Träger hindert ihn
nicht daran, ein Bourgeoisgericht für den be-
rufendsten, unparteiischsten Richter in proleta-
rischen, sozialistischen Angelegenheiten zu er-
klären!

Kann ein Sozialist noch viel weiter abwärts gleiten?

* Dem Verdienste seine Krone! Die Herren Wihl. Körner,
Karl Finn und Wihl. Lüdtkens haben in der letzten Nummer
(Nr. 4) der jetzt eingegangenen „Deutschen Worte“ einen mit
Namensunterschrift versehenen Schmähartikel gegen die deutsche
Sozialdemokratie erlassen, in welcher unserer Partei Wählererei,
Verhöhnung der Arbeiter, politische Abenteuer, Revolutions-
macherei und Aufreizung des Arbeiterstandes gegen die Regie-
rungen u. u. vorgeworfen wird — ganz in derselben Weise
und mit demselben Zweck, wie es die Reaktions- und Bourgeois-
presse zu allen Zeiten gethan hat. Natürlich greifen unsere
Gegner diese „hochwichtige“ Rundgebung der genannten drei
„hervorragenden Sozialisten“ mit Gier auf, um daraus auf's
neue den so sehr ersehnten und stets vergeblich prophezeiten „Ver-
fall der Sozialdemokratie“ zu schließen. Alle Repetitionorgane,
welche die „Enthüllungen“ des entflohenen Hasselmann brachten,
bringen auch die Kräftestellen des Artikels des würdigen Ham-
burger Kleeblattes.

Für uns hat die Sache keine andere Bedeutung, als daß die
genannten Herren endlich offen Farbe bekannt haben und aus
unseren Reihen ausgeschieden sind, — ein Umstand, der, wie
wir im Leitartikel unserer letzten Nummer ausführten, bei allen
ähnlichen Elementen zu begrüßen ist. Aber von Interesse ist
noch eins — die Belohnung, welche die ertriente Reaktion den
drei Männern von der „Warte“ nicht vorenthielt. Man weiß,
daß die Berliner Polizei Gesuche ausgewiesener Sozialisten, sich
auch nur einige Tage zur Ordnung ihrer Geschäfte in Berlin
aufhalten zu dürfen, bisher stets abschlägig beschieden hat. Den
Herren Körner und Finn dagegen ist in Würdi-
gung ihrer Verdienste bereitwilligst ein vier-
wöchentlicher Aufenthalt in Berlin gestattet wor-
den; und aller Wahrscheinlichkeit nach wird auch dem Gesuch
des Herrn Körner um gänzliche Aufhebung der Ausweisung
entsprochen werden. Man sieht, die Polizei ist nicht undankbar!

* Die Stadt Brüssel hat die Ehre der Anwesenheit des
Herrn Hasselmann nicht lange genossen. Vielleicht sind die
Wohnungsvermieter, Wirthe, Kleiderlieferanten und vor allem
die Arbeiter dort vorsichtiger als in Hamburg und Barmen
und misstrauen dem geschäftsgewandten Mann (Schnöde genug,
um ihm nicht einmal einen bescheidenen Pump anlegen zu lassen,
wobei natürlich ein Ehrenmann wie er nicht menschenwürdig zu
bestehen vermag. Herr Hasselmann hat daher seine Mansarde in
der rue de l'hospital 32 wieder verlassen und den belgischen
Staub von seinen Füßen geschüttelt, um über den Aermelkanal
nach der Millionenstadt an der Themse zu schiffen. Welcher Art
die Geschäfte sind, die er dort zu machen gedenkt, ob finanzieller
oder politischer Natur, wissen wir nicht; vermuthlich beides zu-
sammen. Vielleicht assoziiert sich der „bewährteste Genosse“ mit
seinem Freund „von der Freiheit“ und dann hätten sich die
schönen Seelen auch körperlich gefunden. Wozu wir ihnen und
uns alles Glück wünschen.

Sozialpolitische Rundschau.

Deutschland.

* Die Reichspolizei hat in letzter Woche wieder besonders Pech
in ihren Unternehmungen gegen die Sozialisten gehabt. Vor
acht Monaten machte die angebliche Aufhebung einer „nihilistisch-
sozialistischen Geheimdrucker“ in Berlin großes Aufsehen. Die
Polizei machte sich umgekehrt wichtig, behauptete einen großen

Fang gethan und ein gefährliches Komplott entdeckt zu haben —
dem Spießer standen die Haare zu Berge vor Schreck über die
Gefahr, der er entronnen war, und das Maul offen vor Erstaunen
über die Allwissenheit der ihn behütenden Polizei. Und jetzt,
nach acht Monaten Haft, muß man die Verhafteten: Werner,
Jurischka, Anders und Grohn in aller Stille wieder freilassen,
weil sich keinerlei Anhaltspunkt für ihren angeblichen „Hoch-
verrath“ ergab. Nicht besser erging es den Polizeimäusen mit dem
neulich in Leipzig verhafteten „höchst gefährlichen Revolutionär“
Peterfen-Winter-Flörro. Man fand absolut nicht „Gefährliches“
an ihm und mußte ihn deshalb wieder in Freiheit setzen. Auch
die Dresdner Hochverrathsgeschichte ist zu Wasser geworden. Nicht
vortheilhafter fielen für die Hochweise die zahlreichen Haus-
suchungen in Berlin, Düsseldorf, Koblenz u. u. aus, denn sie
fand nirgends etwas Kompromittirendes. In Nürnberg mußte
ein wegen angeblicher Verbreitung sozialistischer Schriften an Sol-
daten angeklagter Genosse wegen mangelnder Beweise freige-
sprochen werden. Auch aus der neuesten Untersuchung gegen die
Leipziger Genossenschaftsdrucker wegen Verbreitung verbotener
Schriften wird die Polizei nicht Erfolg und ruhmreicher hervor-
gehen; denn das angeblich „verbotene“ Buch „Wander, Drei
Jahre aus meinem Leben“, ist gar nicht verboten, indem das i. J.
erlassene Verbot längst von der Reichskommission wieder aufge-
hoben ist.

Auch mit dem Auflösen „geheimer Versammlungen“ haben die
Deutschen wenig Glück; gewöhnlich finden solche nie dann und
da statt, wann und wo die Polizei erscheint. Glaubte aber ein-
mal ein besonderes schlaues Spitzel die richtige Fährte gefun-
den zu haben, so hat er bei Verfolgung derselben Unglück, wie neu-
lich der Berliner Schutzmann Weiß von der politischen Polizei.
Als sich derselbe ungerufen in eine Wirthschaft gedrängt hatte,
verdunkelte sich plötzlich das Licht und der Kerne wurde von
unsichtbaren Händen so insant durch die Thür und über die
Treppe befördert, daß er mit zerbrochenem Gebein auf der Stra-
ße liegen blieb. Wir wissen nicht, ob die gewandten Beförderer
wirklich, wie die Presse meldet, Sozialdemokraten waren; den-
noch die Polizei hat ja noch andere Feinde. Wenn das aber der Fall
sein sollte, dann können wir nur wünschen, daß die betreffenden
Exekutoren ganz unsichtbar waren und trotzdem den rich-
tigen zu treffen wußten. Wenn außerdem die Spitzeln sich die
Sache als Warnung dienen lassen würden, so wäre man der
Unannehmlichkeit überhoben, sich weiteres eingehend mit ihnen zu
befassen. Dem verunglückten Spion weiß man vielleicht einige
sozialistische Schriften aus Krankenkassent zu bringen; der Mann
hat dort Zeit zum Nachdenken und vielleicht gerichtet ihm sein
Unfall dann noch zum Vortheil.

— Dresden, 14. August. Die Genossen Kayser und Begold
sind nach 14tägiger Untersuchungshaft wieder aus dem Gefängnis ent-
lassen worden. „Man fand keine Schuld an ihnen“ — würde man im
Bibelzungen sagen können. Sie wurden verhaftet, 10 Tage im Gefäng-
nis gehalten, Begold gebunden durch die Strafen geschleppt, im schließ-
lich entlassen zu werden, weil man nichts, absolut nichts gegen sie vor-
bringen konnte. Paschky und Weidner, die beiden übrigen Verhaf-
teten, sitzen immer noch im Gefängnis. Das Reichsgericht hat die An-
klage auf Vorbereitung zum Hochverrath zurückgewiesen, allein unsere
Herren Richter, die ihren Berliner Kollegen noch „über“ sind, suchen
jetzt nach etwas Anderem, vielleicht so ein bißchen Aufregung u. u., um
sich doch nicht allmählich zu blamieren. Eine drastische Charakteristik der
ganzen Verhasterei zeigt ein Liedchen, welches hier von den Arbeitern
allgemein gesungen wurde, und in welchem es unter anderem heißt:
Paschky sitzt immer noch, juchheidi, juchheidi,
Auch der Kayser steckt im Loch, juchheidi beida.
Ah sich in Sardinien satt
S'ist der reine Hochverrath — —
Juchheidi und Juchheidi u.

Von der Antwort, welche wir den Herren von der Polizei am 1. August
gaben, haben Sie Ihren Lesern schon berichtet. Es war aber auch eine
Freude, zu sehen, wie unsere Leute marschirten, um Bebel's Bericht den
Wählern zu unterbreiten. Mit ihrer ganzen Polizeimacht, die natürlich
sofort aufgeboten wurde, gelang es ihnen nur, einen 14jährigen Knaben,
der seinem Bruder beim Anstragen geholfen, zu erwischen. Natürlich
wurde der kleine Junge sofort mitgeschleppt, in seiner Wohnung wurde
gehaustsucht und dann mußten sie ihn wohl oder übel wieder lassen.
Zwei Tage nach dem Anstragen wurde das Flugblatt verboten, was
natürlich lediglich die Folge hatte, daß die Leute, welche bisher das-
selbe noch nicht gelesen hatten, sich die möglichste Mühe gaben, es
zu erhalten; und meistens ja auch mit gutem Erfolg. — Einer hoch-
anwaltschaftlichen Gemeinheit muß hier noch gedacht werden. Während
der Haft des Paschky, kam dessen Frau mit einem Mädchen nieder. Als
dem Paschky dieses für ihn doch gewiß wichtige Ereignis mit der gleich-
zeitigen Weidung des Wohlergehens seiner Frau schriftlich gemeldet
werden sollte, meinte der Staatsanwalt Schorschmidt zu dem Ueber-
bringer des Briefes: „Das braucht der Paschky nicht zu wissen,
das ist nicht so wichtig; und dem Gefangenen, der selbstverständlich
in seinem Gefängnis schuldlos auf Nachricht über das Befinden seiner
Frau hoffte, wurde nichts mitgeteilt. Jawohl, die Sozialdemokraten
wollen die Familie vernichten! — Seit einigen Tagen sind auf
hiesigem Postamt 2 Kriminalpolitiken postirt, welche alle
von London und Zürich eintreffenden Postsendungen zu
durchsuchen haben. Mögen sie viel Glück haben: Uns werden sie
wenig genug schaden!

Gelegentlich einer Rundreise, die Bürger Albert Bettin, „unser“
jamafer „König“, in „seinem“ Landen machte, um sich von „seinen“
getreuen Unterthanen ansehen zu lassen, überreichten die hungernden
Weber Weerane's ihm eine Petition, in welcher er angeht wurde,
doch ihre elende Lage zu bessern. Was für Hilfe nun von einem
König zu erwarten steht, geht aus folgender Notiz hervor, die augen-
blicklich durch die Zeitungen geht: „Die von einer Anzahl Lohnweber
Sr. Majestät dem Könige bei dessen Anwesenheit in Weerane überreichte
Petition um Verbesserung ihrer Lage ist von Sr. Majestät dem Stadt-
rathe zu Weerane zur näheren Berichterstattung übersandt worden. Der
Petition der Weber ist eine Lohnpolitik beigefügt gewesen, welche die
seit dem letzten Halbjahre von 21 Weeraner namentlich angeführten
Fabrikanten gebalten Wölne nebst der dafür gelieferten Waare ausführt,
und ist daraus zu ersehen, daß ein tüchtiger, fleißiger We-
ber daselbst durchschnittlich nicht mehr als 1 Mark
täglich verdient. Der Stadtrath hat nun mittels gleichlautender
Scheine an diejenigen Fabrikanten, welche in jener Lohnpolitik nicht
mit aufgeführt sind, das Ersuchen gerichtet, ihrerseits eine gleiche Sta-
tistik einzureichen, damit festgestellt werden könne, welche Durchschnitts-
löhne im Allgemeinen während des letzten halben Jahres gezahlt worden
sind. Das Weeraner Tageblatt bemerkt hierzu: „Daß die Fabrikanten
diesem Ersuchen bereitwillig (!) (natürlich!) entsprechen werden, ist zu
erwarten, denn auch diese Arbeitgeber, welche natürlich ebenfalls unter
der seit längerer Zeit obwaltenden Geschäftsmisere sehr zu leiden haben,
sind ohne Zweifel einmüthig in dem Urtheil, daß der gegenwär-
tige Verdienst eines Webers nicht ausreicht, ihn vor
dem Hungertode zu schützen. Wir dürfen uns wohl nicht der
Erwartung hingeben, daß die königl. Staatsregierung in der Lage sein
werde, die Arbeitslöhne der hiesigen Weber zu verbessern, wohl aber ist
es möglich, daß die Regierung Mittel und Wege angeben vermag, wie
ein anderer, lohnenderer Industriezweig nach hier zu pflanzen ist.“ —
„Sr. Majestät“ selbst weiß also auf den Nothschrei „seines“ Volkes
nach Weerand nicht anders zu antworten, als daß er die ganze Geschichte
an eine untergeordnete Behörde verweist, von der er zum voraus an-
nehmen kann, ja annehmen muß, daß sie erst recht nichts machen kann.

Ja, ja ihr Herren, der Frage gegenüber seit ihr eben alle die „eine
reaktionäre Masse“, von der unser Programm spricht! Bei Euch,
Berona von der „Frankfurter Zeitung“, die das Elend in Oberhessen
durch Vargelirung der großen Mäuler aufheben will, angefangen, bis zu
Albert Bettin herab! Der Frage: wie sehr's mit dem Brode für's
Volk — gegenüber seid ihr alle sprach- und antwortlos; Ihr wißt
nicht, was Ihr reden sollt und tappt im Dunkeln, und kommt auf die
schäblichsten Mittelchen, ohne zu bedenken, daß das Volk bis dahin ver-
hungert sein würde. Oder bedauert Ihr's und rathet's trogdem?! Dann
doppelt Wehe über Euch! . . .

N. Hamburg, 8. August. Meine letzte Korrespondenz (Nr. 29) hat
etwas Aufsehen erregt. Das ist auch selbstverständlich; bedachte sie doch
Uebelstände auf und entlarvte einige Personen, die unter der Maske der
Sozialdemokratie thatsächlich deren schlimmste Feinde sind. Was nun
zunächst den Stuttgarter Verteidiger des Herrn Körner betrifft, so wird
bereits mich schon entschuldigen, wenn ich ihm sage, er hat sich in eine
Angelegenheit eingemischt, die richtig zu beurtheilen er von seinem ent-
fernten Standpunkt aus nicht in der Lage war. Ich habe gegen den
schriftstellerischen Eifer Eud's im „Sozialdem.“ nichts einzuwenden, aber
um eines muß ich den Stuttgarter Genossen bitten, mich in Zukunft
nicht wieder in Dingen zu korrigiren, von denen er selbst irgen-
dwas weiß, daß er aber dieselben nicht orientirt ist. Das letztere ist aber in der
Korrespondenz vom 19. Juli aus Stuttgart der Fall, denn Eud sagt
selbst, daß er weder Körner kenne, noch bis dahin von der „Deutschen
Warte“ mehr als die erste Nummer gesehen habe. Und trotzdem wußte
er sich sofort berufen, ein Urtheil abzugeben und zwar in einer Weise,
die verlegend wäre, wenn sie nicht den Stempel der Uebereilung an der
Stirne trüge. Trogdem ich nun alle Ursache gehabt hätte, mich mit Eud
auszuaufsetzen, so hätte ich doch von der Sache keine Notiz genom-
men und zwar um deswillen nicht, weil mittlerweile so die vier über-
haupt erschienenen Nummern der „Deutschen Warte“ zur Austheilung ge-
langt und die deutschen Genossen dadurch selbst in die Lage versetzt sind,
sich ein Urtheil darüber zu bilden, wer Recht hatte, der oppositionsfähige
Eud aus dem Schwabenlande oder ich. Wenn ich heute aber doch noch
auf die Sache zurückkomme, so geschieht es, veranlaßt durch die in
Nr. 32 des „Sozialdem.“ enthaltene Erklärung des Herrn Körner. Dieser
saubere Herr hat die Stirne, zu behaupten, daß meine Angaben bet.
seines Verhältnisses zu dem Verleger der hiesigen „Berichts-Ztg.“ falsch
seien und daß er demselben weder etwas schulde, noch daß das Urtheil
des Herrn Diez überhaupt so hoch, wie von mir angegeben, sei. Er
will nur Redakteur des „Zirkels“ gewesen sein und keinerlei Eigen-
thumsrecht an demselben besitzen haben, noch für die Schulden desselben
irgendwelche Verantwortung tragen. Außerdem behauptet er, daß der
Verleger des Blattes — es ist dies Carl Finn, der mit Körner und
Lütens zusammen den in Nr. 4 der „Warte“ enthaltenen Schmähartikel
auf die deutsche Sozialdemokratie unterzeichnet hat — eine Gegen-
rechnung von fünfacher Höhe geltend zu machen habe. Zur Beleuchtung
dieser Angaben mag folgendes dienen:

Körner war der Begründer des „Zirkels“. Er, und sonst kein
Mensch, ist mit Herrn Diez in Unterhandlung getreten wegen dem Druck
des Blattes, er hat um den zur Herausgabe desselben notwendigen
Kredit nachgesucht, ihm ist er gewährt worden. Körner hat sämtliche
auf das Blatt und dessen Verbreitung bezügliche Bestellungen ausgegeben,
auf seinen Namen wurden sämtliche Eintragungen gemacht, an ihm die eingegangenen Gelder abgeführt und auf seinen
Namen wurden die für die Druckschulden angefallenen Rechnungen ausgestellt
und dieselben von ihm auch, so weit dies überhaupt der Fall war, bezahlt. Der
angeklagte Verleger Finn, hinter den sich Herr Körner jetzt feige verstecken
will, hat nie mehr als eine Seite mit dem Drucker des „Zirkels“ ver-
handelt. Herr Körner hat auch niemals, wenn er in Sachen des „Zirkels“
verhandelt, auch nur des Verlegers Finn Erwähnung gethan. Finn
war nur Strohmann und sein Name wohl nur zu dem Zweck auf das
Blatt gesetzt, um damit in den Kreisen der deutschen Zimmerleute, wo
Finn mehr als Körner bekannt ist, Propaganda für das Blatt zu machen.
— Wie mit den Angaben K's bezüglich der Verlegerhaft, ebenso ver-
hält es sich mit seiner Behauptung, daß der Verleger des „Zirkels“, also
Finn, den fünffachen Betrag der Schuld von dem Drucker der „Berichts-
Ztg.“ zu fordern hätte. Mit dieser Forderung hat es folgendes Bewand-
nis: Bei der Begründung des „Zirkels“ bestellte Körner für den Kopf
des Blattes einen mit allegorischen, auf das Handwerk bezüglichen, Figuren
versehenen Holzschnitt, der auch in der typographischen Anstalt des
Druckers der „Berichts-Ztg.“ gezeichnet und geschnitten, und von dem
auf Kosten derselben Firma, ein Gläschen hergestellt wurde. Als
nun der „Zirkel“ der aufgelaufenen Schulden wegen bei Diez nicht mehr
weiter gedruckt werden sollte, verweigerte Herr Diez die Herausgabe des
auf seine Kosten angefertigten Gläsches, indem er erklärte, sich daran so
lange zu pflanzen, bis Herr Körner seine Schulden bezahle oder sichere
Bürgschaft dafür leiste. In der Verweigerung des Gläsches nun, — wo-
durch natürlich die Herausgabe des „Zirkels“ nicht verhindert wurde, denn er
hätte ja mit anderem Kopfe erscheinen können — soll die Schädigung des
Herrn Körner — Finn liegen, welche erherer nach seiner Erwiderung auf
Nr. 415 45 veranschlagt (denn das ist genau der fünffache Betrag der
Summe, die Körner an Diez schuldet). Warum Körner nicht den zehn-
fachen zwanzigfachen Betrag verlangt, weiß ich nicht; können würde er es,
wie aus dem Vorstehenden hervorgeht, genau mit demselben Rechte,
mit dem er von einem fünffachen Betrag fordert.

So verhält es sich mit den angeblich unwichtigen Angaben meinerseits.
Geirret habe ich nur, indem ich angab, Körner schulde an Diez M. 1400,
es sind genau M. 1285 09 also um M. 114 95 weniger. Was dagegen
die Behauptung betrifft, über welche sich auch Eud so besonders auf-
hält, daß Stöder in der „Warte“ ein hochachtbarer tüchtiger Arbeiter-
freund genannt sein soll, was thatsächlich nicht der Fall ist, so will ich
bemerkten, daß diese Behauptung nur durch einen fälschlichen Sach, oder
besser durch Weglassen von zwei Worten entstanden ist. Der bet. Sach
in meiner Korrespondenz lautet: „Im sonstigen druckt Herr Körner in
der ersten Nummer seines Blattes das Programm des „Staatssozialist“
ohne Kommentar ab und lobt den hochpreisigen Stöder als einen „hoch-
achtbaren tüchtigen Arbeiterfreund“. Da ist mir nun das Malheur passirt,
zu vergessen, zwischen den Worten „Stöder“ und „als“ einzufügen: „im
Privatgespräch“. Es konnte mir nicht einfallen, von etwas als im Blatte
stehend zu reden, von dem sich Jedermann überzeugen konnte, daß es
nicht darin steht. Wenn deshalb auch Eud von Bedrohungen und Ent-
stellungen redet, so ist das ein sehr voreiliges Urtheil, das ich nur um
deswillen ziemlich leicht nehme, weil es von einer Seite kommt, die mir
in Bezug auf ihre Urtheilsfähigkeit bis jetzt nicht allzuviel Respekt einge-
bracht hat. Daß aber das Programm des „Staatssozialist“ ohne Kom-
mentar abgedruckt war, dabei bleibe ich auch heute noch; denn ein paar
nichtsagende Zeilen sind kein Kommentar und das Besondere des
Programms später zu besprechen, daß die Redaktion nicht gehalten. Die
noch folgenden Nummern enthielten keine Zeile, die sich auf das Pro-
gramm bezogen hätten, sondern waren nur gefüllt mit Schmäh-
artikeln auf die sozialdemokratische Partei und die
ihre treu verbliebenen Genossen. — Damit ist diese An-
gelegenheit für mich erledigt, es der Redaktion überlassen, Proben aus
der beigegebenen „Warte“ zum Abdruck zu bringen, damit die Leser des
„Sozialdem.“ sehen können, was Geistes Kinder die Herren Körner,
Lütens und Finn sind. Wie man hier von ihnen denkt, dafür mag die
Thatfache sprechen, daß Lütens, welcher an Stelle Geib's im ersten
Wahlkreis kandidiren sollte, sofort von der Kandidatur abgesetzt wurde,
als der von ihm unterzeichnete Artikel der „Warte“ in dem betreffenden
Kreise bekannt wurde.

N. Hamburg, 10. August. Als ich meinen letzten (in Nr. 33 ent-
haltenen) Bericht abschickte, glaubte ich die Angelegenheit Hasselmann nur
nebensächlich erwähnen zu müssen, und zwar that ich dies um deswillen,
weil ich annahm, daß durch die Vorgänge in neuester Zeit auch der letzte
Hänger dieses sauberen Repräsentanten der „schönlichen Arbeiterklasse“ sich
davon überzeugen haben müßte, daß Hasselmann ein Lump der niedrigsten
Sorte ist. Die Thatfache aber, daß D. den Wuth oder besser die Frechheit
hat, in öffentlichen Wählern eine Erklärung loszulassen, und daß Kistenmacher
in Krüffel im „Citoyen“ für D. eine Lanze bricht, beweist, daß D. noch
nicht darauf verzichtet, eine Rolle zu spielen, und daß es immer noch —
wenn auch nur vereinzelt — Menschen gibt, die ihm glauben. Unter solchen
Umständen wäre es ein Verbrechen an den Partei, wenn nicht diejenigen
Eigenschaften an die Deffentlichkeit gebracht würden, welche geeignet sind,
Ehren-Hasselmann in seiner wahren Gestalt zu zeigen. In den speziellen
Eigenschaften des Betr. von Barmen-Oberfeld gebürt eine ganz unglaub-
liche Verlogenheit. Schon zur Zeit des Bruchens des Allg. d. Arbeiter-

vereint wurde in dem Kreise der nächsten Bekannten...
... hat Hosselmann gesagt, folglich ist es nicht wahr. Eine Weiterleitung dieser Verleugung ist nun die Berliner „Tribüne“ und die „Kölnische Ztg.“ gefandte Erklärung des H. (Wir erwähnten und kennzeichneten dieselbe bereits in unserer letzten Nummer...)

Das ist ein Fall von den vielen, wie Ehren-Hosselmann die ihm Vertrauten geprellt hat. (Neben einem anderen Fall berichtet die „Hamb. Reform“...)
... hat Hosselmann die ihm Vertrauten geprellt hat. (Neben einem anderen Fall berichtet die „Hamb. Reform“...)

Ebenfalls stiegen er, wenn H. behauptet, die von ihm redigierten und von seinem „Freunde“ herausgegebenen Zeitschriften erschienen noch und bürden sonderlich die Schulden. Kein einziges der Hosselmann'schen Blätter ist nach dessen Verschwinden mehr erschienen...
... hat Hosselmann die ihm Vertrauten geprellt hat. (Neben einem anderen Fall berichtet die „Hamb. Reform“...)

Es ist insbesondere auch eine Lüge, daß H. vor der Polizei stehen mußte und daß diese die Privatpapiere des H. beschlagnahmt hat. (Die Hamburger Polizei liest in verschiedenen Blättern...)
... hat Hosselmann die ihm Vertrauten geprellt hat. (Neben einem anderen Fall berichtet die „Hamb. Reform“...)

C. Th. Vom Main, 9. Aug. Wenn in irgend einer Gegend Deutschlands das Biermarkische Tabakmonopol Unheil angerichtet hat, so ist es bei uns in Stadt und Kreis Offenbach. Die Herren Fabrikanten unserer Gegend gedürten stets zu den besonders sündigen Kundgängern des Gamphansen'schen Receptes und nehmen nun die Gelegenheit wahr, auf Kosten des Monopols zu sündigen...
... hat Hosselmann die ihm Vertrauten geprellt hat. (Neben einem anderen Fall berichtet die „Hamb. Reform“...)

Laus Rheinhessen, 3. August. Der treffliche Artikel „Die bürgerliche Demokratie und die sozialdemokratische Partei“ in No. 3 kann allen Parteigenossen, die in die Lage kommen, bei fünfjährigen Reichstagswahlen mit der bürgerlichen Demokratie, vulgo Volkspartei, rechnen zu müssen, gar nicht genug empfohlen werden. Es ist eine gründliche Kritik, die sich bei Wahlen, wo uns keine guten Aussichten winken, kurzweg an die unmaßstäbliche Partei anzuschließen...
... hat Hosselmann die ihm Vertrauten geprellt hat. (Neben einem anderen Fall berichtet die „Hamb. Reform“...)

Dänemark.
* Nach fünfjähriger, für seine sozialistische Gesinnung erduldeter Zucht; hauststraße verließ unser Genosse Harald Brix vor kurzem die Kerkermauern. Er hatte dieselbe in blühender Gesundheit betreten; in diesen Jahren aber hat ihn die Barbarei seiner und seiner Todfeinde zum gebrochenen Mann gequält...
... hat Hosselmann die ihm Vertrauten geprellt hat. (Neben einem anderen Fall berichtet die „Hamb. Reform“...)

selben zu besorgen hat. — Unser Genosse und Mitarbeiter Andrea Costa wurde vom Gerichtshof zu Bologna von der Anklage der Zuwiderhandlung gegen die Ammonitione (Polizeiaufsicht) freigesprochen und wird in Kürze die Redaktion der „Rivista internazionale del Socialismo“ wieder übernehmen...
... hat Hosselmann die ihm Vertrauten geprellt hat. (Neben einem anderen Fall berichtet die „Hamb. Reform“...)

Großbritannien und Irland.

* Die Ablehnung der Pächterschutzbill durch das Oberhaus und die dabei von Seite der übermächtigen Landlords über Irland gefallenen Worte haben die unterdrückten Irländer aufs äußerste gereizt, und wird die Lage auf der grünen Insel eine immer schwieriger. Bereits greift in ganzen Bezirken das verzweifelte Volk zur Selbsthilfe und die ausaugenden Landlords und ihre Agenten haben, soweit das Volk ihrer habhaft werden kann, das Schlimmste zu gewärtigen...
... hat Hosselmann die ihm Vertrauten geprellt hat. (Neben einem anderen Fall berichtet die „Hamb. Reform“...)

— London, 15. Aug. Der „Mann der That“ und Kronzeuge Hosselmann ist hier angekommen. In eine Vernehmung ging er wegen „Unwohlens“ (?) noch nicht; aber in einer deutschen Speisewirtschaft sah ich ihn sein Wesen treiben. Er wiederholte dort seine Lüge, daß er fort sei, um nicht nochmal Bekanntheit mit der deutschen Polizei zu machen...
... hat Hosselmann die ihm Vertrauten geprellt hat. (Neben einem anderen Fall berichtet die „Hamb. Reform“...)

Sprechsaal.

Warnung.

Vor Pflügen trotz angebl. aus der Schweiz (?) ein Schloffer mit Frau ein, der sich Alfred Kästner nannte und Präsident des deutschen Arbeitervereins in Zürich, sowie Redakteur an dem früheren Gewerkschaftsblatt „Felleisen“ gewesen sein wollte. Derselbe fand dabei, sowie in Neustadt und Sonneberg die verächtlichste Aufnahme und Unterstützung. Er vergalt dieselbe jedoch damit, daß er nicht nur durch angebl. „Entstellungen“ über die Partei die Genossen zu entmutigen und zu verheeren versuchte, sondern auch zahlreiche vertrauende Genossen auf das schufstige beschwindelte. Der Schurke hat eine Reihe armer Arbeiter um 10, 15 und 20 Mark, in Sonneberg einen Familienvater um 80 Mark beschwindelt. In Koburg allein betragen seine Schwindelacten über 300 Mark...
... hat Hosselmann die ihm Vertrauten geprellt hat. (Neben einem anderen Fall berichtet die „Hamb. Reform“...)

Briefkasten.

der Redaktion: Iso. Gedichte mit Nr. 33 abgeg. — 7w London. Bericht über... sehr interessant, forscht weiter nach. — 37 zweite Ansicht von Ziebers' Verbruch mit großer Sicherheit demnach. — 2-6 aus Schwaben, Kent. u. Heilbr. Mitarb. Ihre Einzug. mußten wegen Stofhandlung für später zurückgelegt werden. — A. A. Neuf. Wegddg. für uns ungeeignet. — Vultur. Kongr. wird zu entscheiden haben, ob man sich mit der Sache nach weiter befaßt; Ihre treffende Charakteristik M.'s wird ihm vorgelegt werden. — 0 0 Ueber das sehr empfehlenswerte Jahrbuch, zweite Hälfte, demnach einiges zugleich mit der Fortsetzung, der Pächterschau. — Richard Kemmler wird aufgefordert, seine Adr. an E. Zschauer bei H. Schurider gelangen zu lassen. — E. Th. Natürliche Ermahnung, wie sie leben.
... hat Hosselmann die ihm Vertrauten geprellt hat. (Neben einem anderen Fall berichtet die „Hamb. Reform“...)

London Comm. Arbeiter-Bildungs-Verein
3 Percy Street Tottenham Court Road.
Die Wirthschaft des Vereins ist gekündigt von Morgens 9 bis Nachts 12 Uhr. Wir ersuchen die reisenden Genossen auf unsere Adresse zu achten.
I. A. Der Sekretär:
G. Lanke.

Schwiz. Vereinsbuchdruckerei Höttingen-Biel.